

Was ist Wahrheit? Im Missbrauchsskandal hat Kardinal Rainer Woelki fast drei Millionen Euro an Rechtsgutachter, PR-Berater und Medienstrategen bezahlt, um auf diese Fragen Antworten zu bekommen. Eine davon lautet: Wahrheit ist vor allem – ein dehnbarer Begriff.

August 2021 Wie Woelki in der Öffentlichkeit „am besten überkommt“, das spiele für den Kardinal „keine Rolle“, behauptet der Medienanwalt Carsten Brennecke von der Kölner Kanzlei Höcker in einem Interview über seine Arbeit für den Kölner Erzbischof und das Erzbistum. Zusammen mit Torsten Rössing, Chef der auf Krisenkommunikation spezialisierten Agentur „Ewald & Rössing“ (E&R), erzählt Brennecke im „pmagazin“ überraschend offenherzig von der Zeit im Herbst 2020, als Woelki ein erstes Missbrauchsgutachten unter Verschluss nahm und zum Ersatz eine zweite, im März 2021 veröffentlichte Studie in Auftrag gab.

Schwierig, sehr schwierig sei das gewesen damals. Was aber nicht an Woelki gelegen habe. „Er ist ganz und gar nicht beratungsresistent“, attestiert Berater Brennecke seinem Auftraggeber. Woelki sei auch mitnichten ein „Selbstdarsteller“. Und: „Ermag keine PR.“ In der Diskussion über das Honorar von 820.000 Euro an „Ewald & Rössing“ betont die Agentur, ihr Hauptauftrag sei es gewesen, den Aufklärungs- und Aufarbeitungsprozess zu schützen. „Die Reputation des Erzbistums Köln oder seiner Amtsträger war diesem Ziel untergeordnet.“

30. Oktober 2020 Woelki verkündet das Aus für ein erstes Missbrauchsgutachten der

„Kardinal Woelki ist ganz und gar nicht beratungsresistent“

Carsten Brennecke, Anwalt

Münchener Kanzlei Westpfahl Spilker Wasti (WSW). Die Veröffentlichung wäre mit juristischen Risiken behaftet, haben Woelkis Rechtsberater ihm erklärt. Die WSW-Studie enthält neben den Namen von Vertuschern auch eine Reihe von Schlussfolgerungen zu systemischen Missständen in der katholischen Kirche: Klerikalismus, männerbündische Strukturen, eine problematische Sexualmoral, Ausschluss der Frauen von den Ämtern. Themen, zu denen der von Woelki scharf kritisierte „Synodale Weg“ Reformvorschläge entwirft.

18. November 2020 Woelkis Entscheidung gegen WSW hat ein Beben im Erzbistum und darüber hinaus ausgelöst. Mitten in dieser heißen Phase verfassen Rössing, sein zuständiger Projektleiter und ein Medienmann des Erzbistums ein Konzeptpapier unter dem Titel „Wie überlebt der Kardinal bis März 2021“. Der zweiseitige Entwurf beschäftigt sich ausschließlich mit Woelkis ramponiertem Image, der Frage nach einem Neuaufbau, der erforderlichen Strategie und der dazu passenden Taktik.



Kardinal Woelki an Fronleichnam

Foto: Peter Heiser

„Wie »überlebt« der Kardinal?“

Unterlagen von Woelkis PR-Beratern zum Missbrauchsskandal belegen, wie Öffentlichkeit und Opfer gesteuert werden sollten

VON JOACHIM FRANK

Schon sechs Wochen vorher, am 1. Oktober, hat Rössings Agentur ein umfangreiches Kommunikationskonzept „Projekt: Wechsel“ zur bevorstehenden Trennung von WSW mit Vergabe eines neuen Gutachtens an die Kölner Kanzlei Gercke Wollschläger vorgelegt. Das 50-Seiten-Papier beschreibt unter anderem die Risiken eines Scheiterns der von Woelki initiierten Missbrauchsaufarbeitung im Erzbistum. Dies würde „vor allem zu einer langfristigen (politischen) Schwächung“ Woelkis und der „Institution Kirche“ führen. Ausführlichst erwägt „Ewald & Rössing“ mögliche Szenarien zur Beeinflussung und Lenkung der öffentlichen Meinung.

Die Öffentlichkeit müsse davon „gezielt und gesteuert durch das Erzbistum“ erfahren, empfiehlt das Strategiepapier der Agentur „Ewald & Rössing“. Potenzielle Gegner in den Medien müssten „eingebunden“ werden, sofern dadurch „eine ausgewogenere Reaktion erwartet werden kann“.

Einen Journalisten nimmt die Agentur besonders ins Visier. Der renommierte Kirchenkenner Daniel Deckers von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, so die Idee, soll vom „Gegner“ zum „glaubwürdigen Befürworter“ werden. Dazu soll Woelki höchstselbst ihn „telefonisch, direkt“ mit exklusiven Informa-

tionen und Dokumenten versorgen. Deckers bestätigt auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ das Ansinnen Woelkis und nennt den Zeitraum, in dem der Kardinal ihn angerufen und ihm brisantes Material angeboten habe.

25. Oktober 2020 Deckers sagt Woelki ab. Er könne sich als Nicht-Jurist kein Urteil über die Triftigkeit der Einschätzungen zum WSW-Gutachten bilden und wolle seine Freiheit als Berichterstatter wahren. Die Weigerung schlägt sich prompt in einem weiteren Papier von Woelkis PR-Beratern nieder: „Der glaubwürdige Fürsprecher Daniel Deckers hat den Einblick in die Dokumente und damit seine Rolle abgelehnt. Ein Ersatz konnte in der kurzen Zeit nicht

gefunden werden.“ Damit ist der Plan hinfällig, die Schuld für die geplante Veröffentlichung des WSW-Gutachtens bei der Kanzlei abzulenken und dies von einem „einflussreichen und glaubwürdigen“ Journalisten als „Fürsprecher (Befürworter)“ in seinem überregionalen Leitmedium orchestrieren zu lassen.

Ein Dilemma, befinden die Berater: Was tun, damit man dem Erzbistum glaubt, „das Richtige zu tun und das Wahre zu sagen“? Jetzt drängt die Zeit. Die Bekanntgabe des Gutachterwechsels am 30. Oktober steht unmittelbar bevor. Kurz vor dem großen Knall mit dem kassierten WSW-Gutachten rückt ein anderer Player ins Zentrum: der Betroffenenbeirat des Erzbistums. Jede Entscheidung, die aus-

drücklich das Vertrauen der Betroffenen genießt oder im Einvernehmen getroffen wurde, ist automatisch besonders glaubwürdig.

Schon kurz nach Entstehung dieser Zeilen, im November 2020, argwöhnten die aus Protest zurückgetretenen Co-Sprecher Patrick Bauer und Karl Hauke, aber auch Woelki-Kritiker wie der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller, das Erzbistum habe den Betroffenenbeirat instrumentalisiert. Jetzt lässt sich dies den Empfehlungen von Woelkis PR-Beratern unzweifelhaft entnehmen. Detailliert zeichnet das E&R-Papier vor, welche „Optionen“ man dem Gremium darlegen solle und welche „Szenarien A bis F“ sich daraus ergeben könnten. In der Gemengelage vor dem Gutachterwechsel, das schärfen die Berater Woelki ein, brauche er für den Erfolg zwingend den Betroffenenbeirat an seiner Seite.

Entscheidend sei eine Sitzung des Beirats am 29. Oktober, einen Tag vor der Mitteilung zum Aus für WSW. Das Treffen müsse „so vorbereitet und durchgeführt werden, dass tendenziell Szenario A eintritt“: ein einstimmiges Votum des Beirats zugunsten eines komplett neuen Gutachtens anstelle der WSW-Studie samt gemeinsamer öffentlicher Kommunikation. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Woelki und Hofmann auf

„Emotionen, Glaubhaftigkeit und Echtheit“ setzen. „Für die Fehler von WSW muss echte Wut gezeigt werden.“ Die „Schlechtleistung“ von WSW solle in der Darstellung der Bistumsleitung darin bestehen, dass das Gutachten „nicht scharf genug“ sei und damit keine Grundlage zu persönlichen Konsequenzen für

„Wir haben wertvolles Vertrauen bei den Betroffenen verloren“

Kardinal Rainer Maria Woelki

Vertuschter biete – eine elementare Forderung der Betroffenen von Anfang an.

Zudem solle die Bistumsleitung „Joker“ in der Hinterhand haben wie die Möglichkeit zur Einsicht in weitere Dokumente oder „besondere Entgegenkommen, die bei Bedarf angeboten werden können“. Das Papier legt Woelki unter anderem nahe, „die möglicherweise zurückgelangten Honorare von WSW mittelbar den Betroffenen zugute kommen zu lassen“, oder sich persönlich dafür einzusetzen, „dass der Prozess der Auszahlung der Anerkennungsleistungen deutlich beschleunigt wird“.

Gemeint sind die Entschädigungen für Missbrauchsoffer, die sich in einem Bereich von 5000 bis 50.000 Euro bewegen. Durchschnittsbetrag: Rund 20.000 Euro – etwa 2,5 Prozent der Summe, die Woelki seinen PR-Beratern bezahlt hat.

29. Oktober 2020 Fast wie nach Drehbuch entscheidet sich der Betroffenenbeirat für das gewünschte „Szenario A“. Er verzichtet sogar auf eine angebotene Bedenkzeit. Mit Co-Sprecher Bauer stimmt das Erzbistum eine Erklärung ab. Darin heißt es: „Wir sind enttäuscht und wütend, dass die Münchener Kanzlei derart schlecht gearbeitet und damit Versprechen einer gründlichen, juristisch sauberen Aufarbeitung gebrochen hat.“ Die Betroffenen könnten der Kanzlei nicht mehr vertrauen, die unabhängige Untersuchung fortzuführen. „Wir haben dem Kardinal geraten, die Zusammenarbeit mit Westpfahl Spilker Wasti sofort zu beenden und Schadensersatz zu fordern.“

Und Woelki lässt parallel dazu verlautbaren: „In den letzten Monaten haben wir wertvolles Vertrauen bei den Betroffenen verloren. Unser Weg war nicht frei von Fehlern. Mir ist klar geworden, dass die juristische und wissenschaftliche Perspektive allein nicht genug ist. Deshalb habe ich bei dieser so weitreichenden Entscheidung den Rat der Betroffenen eingeholt. Ich bin sehr dankbar, dass auch sie mir das Vertrauen entgegenbringen, das so oft schon strapaziert wurde. Die Perspektive der Betroffenen ist handlungsleitend für unser weiteres Vorgehen.“

August 2022 Seit seiner Beurlaubung durch den Papst im September 2021 ist Kardinal Woelki bald ein halbes Jahr wieder im Amt. Er hat „überlebt“, wie seine PR-Berater es vor fast zwei Jahren formulierten – weit über deren Stichtag März 2021 hinaus. Mission erfüllt.



Auszug aus einem Strategiepapier vom November 2020

Foto: Joachim Frank